



MURRAY BALLARD

FOTO-TABLEAU

Der Traum vom ewigen Leben 6/6

Hinter dem Blick auf Grandpa Bredos seltsames Totenlager verbirgt sich eine makabre Geschichte. Bredos Enkel Trygve war 1980 illegal aus Norwegen in die USA eingewandert, um in den Rocky Mountains ein Labor für Kryokonservierung aufzubauen; als neun Jahre später der Grossvater starb, liess Trygve den Leichnam überführen und verwarnte ihn – da es mit dem Labor nicht vorwärtsgehen wollte – provisorisch in diesem mit Trockeneis gekühlten Behälter. 1994 kamen die Behörden dem merkwürdigen Zaungast auf die Spur; Trygve wurde deportiert und zur definitiven Rückkehr nach Norwegen gezwungen. Den toten Grossvater liess er unter fremder Obhut zurück. Als Murray Ballard, der schon 2007 von dem Fall gehört hatte, im Dezember 2012 nochmals in die Rockies reiste, gewährte ihm der Mann, der Bredos letzte Ruhestatt regelmässig mit Eis auffüllt, einen Blick darauf.

Lateinamerika auf der Suche nach Orientierung

Vom Hinterhof der USA zum Vorhof Chinas?

Gastkommentar
von MICHI STRAUSFELD

«Lateinamerika braucht keine neuen imperialen Mächte, die nur an ihr eigenes Interesse denken. Die USA sind anders, wir streben nicht nach kurzfristigen Vereinbarungen mit asymmetrischen Gewinnen, wir suchen Verbündete.» Dies erklärte der Aussenminister Rex Tillerson vor Studenten in den USA, bevor er seine erste Lateinamerikareise antrat. Sie führte ihn nach Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien und Jamaika. Der Satz verbreitete sich wie ein Lauffeuer, niemand mochte glauben, was in allen Zeitungen zu lesen stand.

Als die lateinamerikanischen Staaten zwischen 1804 und 1820 ihre Unabhängigkeit erklärten, verabschiedeten die USA 1823 die Monroe-Doktrin: Amerika den Amerikanern. Die ehemaligen Kolonialmächte Spanien und Portugal sollten sich zurückziehen, desgleichen Frankreich und Grossbritannien, die mit ihren Piratenschiffen in der Karibik kreuzten. England nutzte seine europäische Vorherrschaft, um sich in Chile und Argentinien auszubreiten, und die USA bauten ihr wirtschaftliches Imperium relativ ungestört auf, so entstanden die «Bananenrepubliken» Mittelamerikas.

1903 trennte sich Panamá nach dem «Krieg der tausend Tage» von Kolumbien – dank einer Intervention der USA. Wenig später unterzeichnete der neue Staat ein Abkommen, das es den USA erlaubte, den Panamakanal zu bauen. Jetzt wuchs überall der Widerstand der Intellektuellen gegen den unerbittlichen US-Imperialismus, der kubanische Lyriker und Essayist José Martí forderte mit flammenden Texten, «unser Amerika» als Gegengewicht aufzubauen. Man sichtigte das ganze koloniale Erbe und befand, dass nicht alles zu verurteilen sei. Neue Verbindungen zu Spanien und zu Frankreich wurden geknüpft.

In den sechziger und siebziger Jahren tobte der Kampf gegen die «Gringos» besonders heftig. Theoretische Texte des Antikolonialismus wie Frantz Fanons «Die Verdammten dieser Erde» beflügelten die Proteste der achtundsechziger Studenten, voller Begeisterung solidarisierte sich die Linke mit den Revolutionen in Kuba (1959) und Nicaragua (1979). Im Kontext des Kalten Krieges erfolgten etwa fünfundzwanzig direkte und verdeckte Interventionen der USA, denen es in «Verteidigung der freien Welt» auch darum hing, wirtschaftliche Interessen zu schützen und unliebsame Regierungen abzusetzen. Die letzte militärische Intervention, jene von Grenada im Jahr 1983, bezeichnete die Uno als schwere Verletzung internationalen Rechts.

Das alles haftet fest im Bewusstsein der Lateinamerikaner, daher glauben sie schwerlich an «ehrliche Absichten». Obendrein beleidigt Präsident Trump seit Amtsantritt die Mexikaner, verlangt die Mauer an der Grenze und die Korrektur des Freihandelsvertrags. Er schmähte Haiti als «Drecksloch» und erschwerte die Migration der Mittelamerikaner, die nicht zuletzt wegen der Epidemie der Gewalt um den Drogenhandel aus ihrem «Hinterhof» ins «Haus» flüchten möchten: Die Beziehungen sind also angespannt.

Warum also auf einmal die Versprechungen der USA über faire Handelsabkommen? Es geht darum, China einzudämmen, das seit zehn Jahren mit Sieben-Meilen-Stiefeln in Lateinamerika unterwegs ist. Zahlreiche Grossprojekte wie der Bau von Strassen, Eisenbahnlinien und Häfen werden finanziert, Raffinerien ausgebaut, Elektrizitätswerke und Minen gekauft. China ist inzwischen der wichtigste Handelspartner von Argentinien, Brasilien, Chile und Peru sowie prioritärer Gläubiger von Brasilien, Venezuela oder Ecuador.

Den Vorwurf, hier würden im Gewand solidarischer Hilfe strategische Eigeninteressen verfolgt, weisen die Chinesen zurück und behaupten, alles geschehe auf egalitärer Basis, zum wechselseitigen Nutzen, denn sie exportierten nicht nur, sondern importierten auch viele Güter. Letzteres stimmt, China kauft alle nur erhältlichen Rohstoffe auf und erklärte Lateinamerika 2018 zum «unentbehrlichen Partner».

Solches schreckt die USA auf und sollte auch Europa beunruhigen. Die Vorstellung, dass Lateinamerika nach 300 Jahren europäischer Kolonialherrschaft und 200 Jahren US-Imperialismus jetzt in die Fänge des chinesischen Drachens gerät, gibt Anlass zur Sorge. Noch stecken die Krallen in Samthandschuhen, aber alle wissen, welches autoritäres System sich hinter dem chinesischen Staatskapitalismus verbirgt. Auch wünscht sich niemand Arbeitsbedingungen wie in China, die in einigen Fabriken schon Einzug gehalten haben.

Lateinamerika muss seine Hausaufgaben machen: seine politisch und ökonomisch labilen Demokratien stärken, das Erzübel der Korruption bekämpfen (eine Hydra!) und nach sozialer Gerechtigkeit trachten. Europa, die dritte Kraft und seit langem der Wunschpartner des Kontinents, scheint kein Interesse zu haben, sich stärker zu engagieren. Dabei läge es nahe, eine privilegierte Partnerschaft anzustreben und einen Dialog auf Augenhöhe zu führen – zum Nutzen beider Seiten.

Michi Strausfeld lebt als Publizistin, Übersetzerin und Herausgeberin in Berlin und Barcelona.

Unnötig und zu teuer

Die Schweiz braucht keinen Krypto-Franken

Gastkommentar
von RETO FÖLLMI und FABIAN SCHNELL

Dank Bitcoin und Co. rücken digitales Geld und Krypto-Währungen zunehmend ins öffentliche Interesse. Gleichzeitig nimmt die Bedeutung von Bargeld ab. Diese Entwicklung setzt die Schweizer Geldpolitik von zwei Seiten unter Druck.

Die einen sehen den Franken durch den Aufstieg der Kryptowährungen bedroht. Die neue «Konkurrenz» könnte das Schweizer Zahlungsmittel überflüssig machen, weshalb die Schweizerische Nationalbank (SNB) einen eigenen Krypto-Franken auf den Markt bringen sollte. Die anderen stossen sich an der Tatsache, dass Private kein elektronisches Zentralbankgeld halten können. Wenn die SNB selbst Konten für das Publikum anbieten würde, wäre aus ihrer Sicht nicht nur ein Dienst an der Gesellschaft getan, sondern auch zugleich der Vollgeldinitiative der Wind aus den Segeln genommen. Deren Promotoren stossen sich daran, dass Sichteinlagen bei Geschäftsbanken nicht direkt «SNB-Franken» enthalten.

Bei näherer Betrachtung ist der Nutzen eines digitalen SNB-Frankens allerdings fraglich. So verkennen dessen Anhänger das Wesen von Bitcoin und Co. Ähnlich wie Zentralbankgeld haben diese keinen inneren Wert, sondern leben von der Erwartung, dass sie in Zukunft gegen Güter getauscht werden können. Sie bieten damit eine Absicherung gegen den Missbrauch von Zentralbanken. Diese Erwartung ist dann aber die einzige Ähnlichkeit zu gebräuchlichem Zentralbankgeld. Gegenwärtig dienen Kryptowährungen primär als hochspekulative Anlage – mit entsprechend hoher Volatilität und wenig Relevanz für den Austausch von Waren und Dienstleistungen – und haben deshalb keine Geldfunktion.

Selbst wenn der Wert der Kryptowährungen stabil wäre, könnten diese dem Schweizerfranken aber nicht den Rang ablaufen. In stabilen Ländern verfügen existierende Währungen über enorme Netzwerkeffekte. Weil der Wert der Währung davon abhängt, wie viele potenzielle Zahlungspartner diese nutzen, führt der Netzwerkdruck dazu, dass man sich innerhalb einer Volkswirtschaft auf ein dominantes Zahlungsmittel einigt, um die Transaktionskosten niedrig zu halten. Weil die Staatsquote in westlichen Ländern deutlich mehr als einen Drittel der Wirtschaftsleistung ausmacht, setzt der öffentliche Sektor einen entscheidenden Anker. Für die Frage, welche Währung der Staat selber nutzt oder zur Zahlung der Steuern akzeptiert. – Der Franken wird also in nächster Zukunft nicht

durch Bitcoin und Co. ersetzt werden, doch warum sollte die SNB nicht trotzdem einen eigenen E- oder Krypto-Franken schaffen? Immerhin haben einige Zentralbanken (wie z. B. Schweden mit der E-Krona) bereits solche Projekte lanciert. Diese scheinen allerdings eher durch die Verdrängung von Bargeld motiviert als durch geldpolitische Notwendigkeit.

Erstens wird die Nachfrage nach Digitalgeld genügend durch den Privatsektor gedeckt, man denke an bekannte Formen wie Kontokorrente oder Innovationen, die das bargeldlose Zahlen via Handy erlauben. Die Innovationstätigkeit auf diesem Gebiet ist hoch. In einem Land mit funktionierendem Finanzsektor gibt es keine geldpolitische Notwendigkeit, digitales Notenbankgeld durch die Zentralbank anzubieten.

Zweitens stünde es den Geschäftsbanken frei, Konten mit voller Deckung durch Zentralbankgeld (also mit einer Art «E-Franken») anzubieten. Während die Vollgeldinitiative diese Form zum einzigen legalen Standard erheben möchte, kann aus dem Fehlen eines solchen Angebots geschlossen werden, dass keine genügende Nachfrage für solche Konten existiert. Der Grund hierfür ist wahrscheinlich, dass die Kosten für den Endkunden relativ zum Risikoschutz zu hoch wären. Ausserdem sind die Risiken durch die Einlagensicherung und die expliziten oder impliziten Staatsgarantien bereits zu einem beträchtlichen Teil gedeckt. Ein teurer Infrastrukturausbau durch die SNB ist darum nicht sinnvoll.

Schliesslich beisst sich die dezentrale Konzeption der Kryptowährungen mit dem Wesen einer «Zentral»-Bank. Das Vertrauen in die Kryptowährungen basiert auf der Idee, dass sie nicht unbegrenzt vermehrt werden können, und darauf, dass Transaktionen auf mehreren unabhängigen Rechnern protokolliert werden, um Missbrauch zu verhindern. Eine Zentralbank will hingegen die Geldmenge zentral kontrollieren. Die SNB verfügt auch in der Zeit von Kryptowährungen über das ausreichende Instrumentarium, um ihre Geldpolitik umzusetzen. Einen digitalen Franken braucht es hierfür nicht. Die Krypto-Währungen haben – im Gegensatz zur Blockchain-Technologie – nur limitiertes Potenzial. Es wäre ja auch fragwürdig, wenn die Schweiz mit ihrem starken Finanzsektor nur dank der SNB zum Hub für Blockchain-Anwendungen gemacht werden könnte.

Reto Föllmi ist Professor am Schweizerischen Institut für Aussenwirtschaft der Universität St. Gallen. Fabian Schnell ist Senior Fellow und Forschungsleiter «Smart Government» bei Avenir Suisse.